

Bezugspreis:
Stückpreis 7,50 M., monatl. 2,50 M.,
frei im Haus, vorwärts zahlbar. Einzelne
Nummern 10 Pfennig.
Kontingentspreis:
Kontingentspreis 2,50 M., erst. Zustellungs-
gebühr.
Amer. Anzeiger für Deutsch-
land u. Osterr.-Ungarn 4,75 M.,
für das übrige Ausland 6,75 M., bei
möglichst einmaliger Zustellung 1,75 M.
Kontingentspreis nehmen an:
Dänemark, Holland, Dänemark, Schweden
und die Schweiz.
Eingetragen in die
Zustellungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich
zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 23. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die abgedruckte Anzeigenspalte
kostet 1,20 M. „Kleine Anzeigen“,
das ist gedruckt Wort 50 Hg. (zwei-
mal 25 Hg. gedruckt Wort), jedes weitere
Wort 25 Hg.
Einsparungen und
Schlafstellenanzeigen das erste Wort
40 Hg., jedes weitere Wort 20 Hg.
Worte über 16 Buchstaben zählen für
zwei Worte.
Lebensversicherungs-
Anzeigen, Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Vereine - Anzeigen
1,20 M. die Zeile.
Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 3 Uhr
nachts im Hauptgeschäft des
S.W. 68, Lindenstr. 3, abgegeben
werden.
Geschäft von 9 Uhr früh bis
5 Uhr abends.

Clemenceau über unsere Kriegsgefangenen

Paris, den 20. Mai 1919.
Herr Präsident!

Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben die
Note der deutschen Friedensdelegation vom 10. Mai 1919, be-
treffend Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen, einer
Prüfung unterzogen. Sie legen Wert darauf, in Erwiderung auf
diese Note die Erklärung abzugeben, daß sie die Befreiung der
Kriegs- und Zivilgefangenen, welche sich Verbrechen oder
Vergehen haben zuschulden kommen lassen, nicht zustimmen
können. Diese Verbrechen und diese Vergehen sind auf dem alli-
ierten Hoheitsgebiete begangen worden, und die rechtlich eingese-
zten Behörden sind dagegen eingeschritten, ohne die Tatsache zu be-
rückichtigen, daß der Missetäter ein deutscher und nicht ein
alliiertes Bürger war. Es war ein gewisser deutscher Gefangener
nachts durch Einbruch in das Haus eines Landwirts eingebracht,
in dessen Wirtschaft er arbeitete, und hatte den Landwirt und seine
Frau mit einem Gartenmesser fastblutig ermordet. Wegen seines
Doppelmordes wurde dieser Gefangene am 11. Juni 1918 von
einem regelrecht eingesezten Kriegsgericht zum Tode verurteilt.
In Gemäßheit des Berner Abkommens ist indessen die Vollstreckung
des Urteils bis zur Unterzeichnung des Friedens angehalten wor-
den. Es würde gewiß nicht recht sein, daß der Vertrag zur Folge
hätte, diesen Mörder zu begnadigen. Aus diesen Gründen können
die alliierten und assoziierten Mächte eine Abänderung der Be-
dingungen des Friedensvertragsentwurfes, welche sich auf die eines
Verbrechens oder eines Vergehens schuldigen Kriegsgefangenen
beziehen, nicht annehmen.

Was die zweite Frage angeht, so bringt die deutsche Friedens-
delegation keine bestimmte Anregung in Vorschlag, in Hin-
sichtlichkeit dessen, was sich auf die Wahrung bezieht, die sich in dem
Geschick der Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten zwischen
dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedens und dem ihrer
Heimkehr ereigneten eintreten zu lassen vorschlagen möchte. Die alli-
ierten und assoziierten Mächte wissen nicht, welche Wahrung ge-
währt werden könnte, denn sie haben sich mit peinlichster Gewissen-
haftigkeit bemüht,

die Kriegsgefangenen zu beobachten
und den Forderungen der Menschlichkeit in der Behandlung, welche
sie den Kriegsgefangenen gewährt haben, Obenbei ist es gemäß den
Vorschriften des Artikels 218 letzter Abschnitt im Interesse aller
wesentlich, daß die Kriegsgefangenen und Zivil-
internierten bis zum Eintritt der ihnen in Aussicht genommenen Heim-
kehr einer gewissen Disziplin und Aufsicht unterworfen bleiben. Die
deutsche Friedensdelegation kann sicher sein, daß die alliierten und
assoziierten Mächte die Kriegsgefangenen in der Zeitpause, die zwischen
der Unterzeichnung des Friedens und ihrer Heimkehr verfließen wird, mit
voller Berücksichtigung ihres Gefühlslebens und ihrer Bedürfnisse zu
behandeln beabsichtigen.

Die Wiedereinrichtung ihres persönlichen Eigentums
an die Kriegsgefangenen ist ein gesetzlich festgesetztes Recht, welches
zu achten die alliierten und assoziierten Mächte durchaus beabsich-
tigen. Bezüglich der Ankünfte über die Vermissten haben sich die
alliierten und assoziierten Mächte ständig bemüht, der deutschen
Regierung alle Informationen, die sie über diesen Gegenstand be-
sahen, zugehen zu lassen, und sie werden nach der Unterzeichnung des
Friedens gewiß damit fortfahren. Was die Erhaltung der
Grabstätten anbelangt, so machen sie darauf aufmerksam,
daß ihnen die Artikel 225 und 226 dem deutschen Völk eine
Pflichtigkeit dafür zu geben scheinen, daß die Gräber seiner Staatsange-
hörigen werden gesucht und gehörig gepflegt werden und daß,
soweit die Klausel 225 es zulassen wird, die Leichen der Soldaten
und Seelute in ihr Heimatland werden übergeführt werden können.

In Erwiderung auf die deutsche Forderung bezüglich einer
uneingeschränkten Gegenseitigkeit
müssen die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte die Er-
klärung abgeben, daß sie es für erforderlich gehalten haben, den
Artikel 222 einzufügen wegen der Behandlung, welche ihre eigenen
in Deutschland während des Krieges internierten Staatsangehörigen
zu erleiden gehabt haben. Da keinerlei Vergleich zwischen der
Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung
einerseits und durch die alliierten und assoziierten Mächte anderer-
seits möglich ist, so kann in dieser Hinsicht keine Gegenseitigkeit
gefordert werden.

Was die dritte Frage angeht, so sind die Vertreter der alli-
ierten und assoziierten Mächte bereit, alles irgendwie Mögliche
zu tun, um die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten,

gehörig versorgt und angemessen behandelt, nach Friedens-
schluß heimzubefördern. Sie beharren indessen, daß die Menge
der ihren eigenen Heeren zur Verfügung stehenden Bekleidungs-
gegenstände noch völlig unzureichend ist und daß es keinen anderen
Vorrat gibt, dem man das Nötige entnehmen könnte, um die deut-
schen Kriegsgefangenen neu auszukleiden.

Was endlich die Ernennung einer Kommission betrifft, die sich
mit der Heimkehr der Kriegsgefangenen zu befassen hätte,
so erden die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte mit
höchster Bereitwilligkeit Kommissionen dieser Art einzusetzen, sobald
der Friede unterzeichnet ist. Sie beharren indessen, an
ihre Einsetzung nicht denken zu können, solange sie nicht beauf-
tragt worden sind, daß die Bevollmächtigten des Deutschen Reiches
den Frieden zu unterzeichnen beabsichtigen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner aus-
gezeichneten Hochachtung.
G. Clemenceau.

Dieser Note Clemenceaus ist ein Bericht des französi-
schen Kriegsministeriums beigegeben, wonach die deutschen
Gefangenen im großen ganzen ausreichend mit Kleidung
und Unterleidung versehen sind.

Zu dieser Antwortnote bemerkt die zuständige Stelle:
Die alliierten und assoziierten Regierungen führen zur Ver-
meidung ihrer Ablehnung der Freilassung derjenigen Kriegs-
und Zivilgefangenen, die sich wegen anderer als disziplinärer Vergehen
in Unterjochung, oder Strafkraft befinden, einen anscheinend be-
sonders krassen Fall an, wo sich ein deutscher Kriegsgefangener
nach der Gefangenennahme eines Norddeuts gegen den Unter-
nehmer, bei dem er arbeitete, und dessen Frau schuldig gemacht
hat. Die alliierten und assoziierten Regierungen werden wohl
sehr nicht behaupten wollen, daß unter den früher in deutscher
Hand befindlichen ihnen angehörigen Kriegsgefangenen keine Fälle
dieser Art sich ereignet hätten. Im Gegenteil, es sind nur allzu
viel Fälle vorgekommen, wo

Kriegsgefangene in Deutschland
schwere Verbrechen begangen haben, namentlich Raub,
Brandstiftung, Mord usw. Das hat die alliierten und assoziierten
Regierungen seinerzeit beim Waffenstillstand nicht abgehalten, die
bedingungslos Rückgabe auch solcher Gefange-
nen zu verlangen, die wegen dergleichen Vergehen und Verbrechen
verurteilt waren. Es ist nicht einzusehen, warum in dieser Be-
ziehung die deutschen Gefangenen in der Hand der alliierten und
assoziierten Regierungen anders behandelt werden sollen, als die
in deutscher Hand befindlichen feindlichen Gefangenen.

Die Nachrichten, die fortgesetzt über die Behandlung der
namentlich noch in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen
der deutschen Regierung zugegangen sind, lassen es als unbedingt
erforderlich erscheinen, für sie jetzt endlich

eine bessere Behandlung
durchzusetzen. Gerade die Durchführung einer Verständigung
über die Einzelheiten sollte der Zweck der vorgeschlagenen münd-
lichen Beratungen sein. Es hätte, wenn sich die feindlichen Regie-
rungen von dem Gefühl der Billigkeit hätten leiten lassen, fest-
berühmlich sein müssen, daß die noch in feindlicher Gefangenschaft
zurückgebliebenen Kriegsgefangenen dieselben Vergünstigungen
hätten genießen müssen, wie sie den Angehörigen der alliierten
und assoziierten Mächte beim Abschluß des Waffenstillstandes in
Deutschland zugestanden worden sind. Die deutsche Regierung
kann nach diesen Vorgängen durchaus nicht sicher sein,
daß die deutschen Kriegsgefangenen bis zu ihrer Heimkehr mit
voller Berücksichtigung ihres Gefühlslebens und ihrer Bedürfnisse
behandelt werden.

Wenn im übrigen die alliierten und assoziierten Regierun-
gen behaupten, daß sie hinsichtlich der Nachforschung nach den Ver-
missten und der Pflege der Grabstätten alle billigen Wünsche
erfüllt hätten und zu erfüllen gewillt sind, so ist nicht einzusehen,
warum sie sich weigern, in den Vertrag Bestimmungen aufzuneh-
men, die auch ihrerseits vollständige Gegenseitigkeit gewährleisten.

Die Behauptung der alliierten und assoziierten Regierungen,
daß keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen
durch Deutschland einerseits und durch die alliierten und
assoziierten Regierungen andererseits möglich sei, ist geradezu un-
angehörig; sie wird widerlegt durch unzählige eibliche Beispiele
deutscher Kriegsgefangener, die namentlich in Frankreich das här-
teste Los zu erdulden hatten. Die Welt mag auf Grund dieser
Ausagen urteilen, auf welcher Seite das Unrecht zu suchen ist.

Englische Vorbereitungen.

Genf, 22. Mai („S. R.“). Reuter meldet aus London: Der
englische Oberkommandierende Lord Robertson befehligt die
Besatzungsarmee in Koblenz und konzentriert mit dem belgischen
Armeeoberkommando. Es ist kein Geheimnis, daß die alliierten Truppen
überall bereit sind, den Aufmarsch zu beginnen, sobald dies
nötig sein wird.

Neue Schwierigkeiten der Friedens-
konferenz.

Polnische Angriffsabsichten.

Berlin, 22. Mai. Ein amerikanischer Funkpruch aus Rhon
vom 20. d. M. meldet: Der Friedenskonferenz erwachsen einige
Schwierigkeiten durch Polen, den Krieg zu beenden.
Paderewski verhandelte stundenlang mit Wilson und Oberst
House, um Amerikas Zustimmung für einen Krieg Polens
zu erwirken. Die heimliche Hoffnung des polnischen Botschafter-
ministers schien zu sein, daß Deutschland sich der Ausführung
der Friedensbedingungen für den Osten widersetzen möge, was
den Polen die Möglichkeit gäbe, dem vertriebenen Gebiet der
erdgütigen großen Schlag zu versetzen. Die Theorie der
polnischen Führer ist einfach, zu kämpfen und einen Krieg gegen
jemand zu gewinnen. Es erfordert den höchsten Druck
auf Paderewski, um ihn zu bewegen, in die Einstellung der
Feindseligkeiten zu willigen. Polen glaubt heute, die stärkste Armee
im Osten zu besitzen, und betrachtet diese Armee als wichtigstes In-
strument. Die Führer erklären, daß eine Hoffnung auf Weiter-
bestehen der Nation, die zwischen feindlichen Mächten eingeschlossen
ist, besteht, und man müsse zeigen, daß man über eine genügend
starke Militärmacht verfüge, um den Weg in der Welt zu
behalten. Dieser amerikanische Funkpruch ist ein erneuter Be-
weis für die sogenannte und oft behauptete Friedfertigkeit und
Aufsichtigkeit der Polen.

Französische Stimmen zur Fristverlängerung
Drohungen gegen Vatikan und Amerika.

Verfaßtes, 22. Mai. „Matin“ erklärt, daß die Fristver-
längerung um acht Tage die letzte Frist bedeute. Die
Alliierten würden 4-5 Tage zur Prüfung der deutschen Gegen-
vorschläge benötigen und dann eine sehr kurze Frist zur ent-
scheidenden Unterzeichnung des Friedens stellen. Laut „Matin“ warte
die Unterzeichnung etwa am 7. oder 8., laut „Echo de Paris“
zwischen dem 10. und 15. Juni erfolgen. Laut „Petit Paris-
ien“ wird die der deutschen Delegation zu gewöhnlicher letzte Frist
nach Prüfung der deutschen Gegenvorschläge durch die Alliierten 48
oder höchstens 72 Stunden betragen.

„Somme Libre“ fragt, ob die deutsche Delegation die Ver-
längerung der Frist wirklich beantragt habe, weil sie mit ihren An-
geboten nicht fertig werden können, oder ob es sich nicht vielmehr
darum handelt, die der Scheidemannschen Regierung
dadurch die Herbeiführung einer Einigung in Deutschland über
ihre Haltung gegenüber dem Friedensvertrage zu ermöglichen, und
andererseits den Freunden Deutschlands noch Zeit zum Eingreifen
zugunsten Deutschlands zu geben; habe doch der Papst dem Präsi-
denten von Breslau schon mitgeteilt, daß er sich um Bil-
derung der Bedingungen bemühe; man wisse auch, daß deutsch-
freundliche Kreise in Amerika auf dasselbe Ziel hinarbeiten.
Man brauche wohl nicht zu sagen, daß die Entente keinerlei
Einmischung in die Verhandlungen, woher sie auch komme,
dulden werde, so wenig von Amerikanern, die gegen Wilson
Opposition trieben, als vom Vatikan, welcher während des gan-
zen Krieges nur für Deutschland Günstiges getan und niemals
gegen deutsche Greuel protestiert habe. Wenn der Papst sich heute
zum Verteidiger von Frauen- und Kindermördern, Kirchen-
schändern, Brandstiftern und Verleürern aller Verträge und Gesetze
made, so zeige er seine Parteilichkeit so sehr, daß sein Urteil
auch nicht die geringste Aussicht auf Berücksichtigung habe. Die
Alliierten müßten, wie sie den Frieden herbeizuführen hätten, und
würden sich von ihren Richtlinien nicht abbringen lassen.

Optimismus der Pariser Presse.

Genf, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Die
Pariser Presse verzeihmet weiterhin ihren Optimismus be-
züglich der Unterzeichnung des Friedensvertrages und vertritt
bereits das detaillierte Zeremoniell der weltgeschichtlichen Aktion,
die in der Spiegelgalerie stattfinden soll. So schreibt „Journal des
Debats“: „In den Akten der Friedenskonferenz wird man, was
den Ausgänger der Verhandlungen anbelangt, immer optimisti-
scher, und man glaubt selbst, daß die Deutschen unterzeich-
nen werden. Aber es ist nicht zu verkennen, daß trotz des fröhlich-
haften Optimismus, sie werden unterzeichnen, doch Zweifel sich zu
regen beginnen. Sie ergeben sich in immer häufiger wiederkehrenden
Drohungen für den Fall einer Nichtunterzeichnung. Während das
„Echo de Paris“ nicht an der Unterzeichnung zweifelt, so
gibt es sich doch besorgt, ob sie ohne Hintergedanken unterzeichnen
werden. Es sei Sache der alliierten Mächte, Vorkehrungen zu treffen,
daß Deutschland diesen Vertrag nicht ebenso behandelt wie den
belgischen Neutralitätsvertrag.“

Ein Sozialdemokrat Bürgermeister von Wien.

Bekanntnis zur deutschen Republik.

Wien, 22. Mai. Der heute zusammengetretene neue Gemeinderat wählte mit 110 gegen 52 Stimmen Jakob Reumann, Sozialdemokrat, zum Bürgermeister von Wien.

In der Rede, mit der Reumann die Wahl annahm, betonte er unter stürmlichem Beifall, daß die Bevölkerung, möge auch der Friedensvertrag jetzt die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts verwehren, den festen Willen habe, daß Wien die zweite Hauptstadt der deutschen Republik werde.

Die Marine gegen den Gewaltfrieden.

Kiel, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Auf einem der größten Plätze der Stadt Kiel fand gestern eine Kundgebung der Marine statt, wo sich Offiziere, Deskoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Garnison aus Kiel und Friedrichsort zu Tausenden versammelt hatten. Mehrere Redner erklärten die Friedensbedingungen für unannehmbar. Eine Entschließung in diesem Sinne an den Chef des Admiralstabes und den Reichswehrminister wurde einstimmig angenommen. Die Entschließung lautet darin aus, daß die Marine mit allen Kräften hinter der Regierung Ebert-Scheidemann stehe.

Die Vorfälle in Schöneberg.

Nur Schreckschüsse.

Zu unserem heutigen Bericht über die Auflösung einer kommunistischen Versammlung in Schöneberg, Hauptstraße 144, wird uns von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt:

Die Auflösung der Versammlung fand auf Ansuchen des Polizeipräsidenten Berlin statt. Kommandiert waren hierzu 1 Offizier und 50 Mann auf zwei Autos.

Nachdem die Versammlung aufgelöst war, versuchten die Teilnehmer, eine ebenfalls in der Hauptstraße, Ecke Velsiger Straße, stattfindende demokratische Versammlung zu sprengen. Das eine der beiden Autos übernahm den Schutz dieser Versammlung, kam hierbei aber stark ins Gedränge, so daß die gesamte Wachebereitschaft aus dem Kriminalgericht Koabit herbeigeholt werden mußte.

Die zahlreiche und starr erregte Volksmenge wollte nicht gutwillig auseinander gehen. Die Mannschaften waren genötigt, Schreckschüsse abzugeben, besonders weil aus der Menge heraus und aus den Häusern auf die Truppe geschossen wurde, wobei ein Offizier durch Schuß in die Hand verwundet wurde. Es gelang schließlich, die Menge zu zerstreuen. Neun Personen wurden festgenommen. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß seitens der Truppe nur Schreckschüsse abgegeben und nicht in die Menge hineingeschossen wurde.

Teilweise im Gegensatz zu dieser Darstellung schildert eine Lokalcorrespondenz die Vorgänge nach Auflösung der ersten Versammlung folgendermaßen:

Die Anwesenden gingen in größter Ruhe auseinander, und zwar nicht im geschlossenen Zuge, sondern sie begaben sich in kleinen Trupps auf die Straße hinaus. Etwa 80 bis 100 jugendliche Personen scharten sich nun in der Hauptstraße zusammen und zogen nach der Hohenzollernschule in der Velsiger Straße, wo in einer Bürgerversammlung Oberbürgermeister Dominicus über den Gewaltfrieden sprach. Unter den Rufen: „Hat man uns die Versammlung gesprengt, dann dürft Ihr hier auch nicht reden!“ drangen die Rufe in den Saal und versuchten durch Hüllen und Rufe den Verlauf der Versammlung zu hören. Die Schöneberger Bürgerwehr und Regierungstruppen wurden telephonisch herbeigerufen. Beim Eintreffen der Truppen schühten die Störenfriede, deren Zahl natürlich sich durch Neugierige sehr vermehrt hatte. Sie und da siehe sich ein Trupp zur Wehr und es fanden Verhaftungen statt. Dann aber wurde es

Ein Ausflug.

Frühlingsbetrachtung von Emilie Waldamus.

Frühling war es nun endlich geworden. Nach langem, trozigem Gaudern war der Frühling nun doch endlich zu uns hoffungsarmen Menschen gekommen. Der Ansehler, so stark, sicher und siegesbewußt, rief mich hinaus in Feld und Wald. Erben wollte ich, was der Frühling geschaffen, und genießen ein kühles, frohes Glück! Etwas Schönes, Beglückendes wollte ich leben und den trägen Alltag auf Stunden vergessen. Freude sollte sprengen die dumpfe, bedrückende Enge, die ein langer Winter geschaffen, der uns schier unempfindlich und grämlich gemacht. Das Aufsteigende des frohlockenden Frühlingstages wollte ich wie ein seltenes Glück genießen. Wald war ich allein und lag mich fest an dem goldenen Sonnengescheit, und die Augen hing an dem Jubelsturm an dem lauten, weichen Grün der Bäume. Der Blumen prächtige Farben belegten mich, und der Sonne belebende Wärm' die ringdumder tausendfach neues Leben schuf, entfeuerte auch in mir neues Leben, neues Strömen, neue Kraft. Von sehnsüchtigem Rhythmus bestrahlt, eilte ich fortwärts, den ganzen Frühling wollte ich sehen, den hellen, schimmernden Tag in mich teilen.

Hinter mir lag die Stadt, lag der Alltag, das Elend, die Sorge, die Not.

War mir die Hoffnung, die Kraft, das junge, neue Licht!

Da vor mir am Waldrand sah ich einen Vater mit seinem Kind. Er führte es an der Hand und zeigte ihm mit beglückender Freude im Blick das Wunder, die Wiebergeburt in der Natur. Er nahm mit liebevoller Behutsamkeit die Zweiglein und Kleiseln in die Hand und erklärte seinem Kinde die wunderbaren Gebilde und Wurzeln und die vom Baum und Strauch. Dann lauschten beide den Waldvögeln, und ich sah, der Vater war stolz und froh in seiner Beglückterolle, seinem Kinde den Frühling offenbaren zu können.

Näh stand meine eigene Kindheit vor mir auf. Wie eine dunkle Wolkenwand schob sich das Erinnern vor den sonnigen Frühlingstag und umhüllte mich die soeben noch so heitere Stimmung. Da war keiner, der mich mit liebender Fürsorge an die Hand genommen und mich in den Frühling geföhrt hatte. Keiner, der sich um das Sehnen des Kindes gekümmert, wenn die Sonne höher lag, und das Elend der steinernen Höfe und die glanzlose Leere der grauen, dumpfen Häuser doppelt quälend auf den Gemütern lag. Keiner, der ihm Baum und Strauch, Blumen und Vögel in stolzer Beglückung gezeigt und ihm das neue, junge, leibende Leben offenbart hätte. Die Herrlichkeit und der Glanz der sonnigen Frühlingstage blieben ihm verschlossen.

Das Stadtblind wußte mir, daß da draußen, wo die Stadt zu Ende ging, man noch längerem Wandern, das aber in den ewig schmerzlichen Stiefeln und den Sommer und Winter stets gleichbleibenden Kleidern sehr ermüdete, in einen Wald kam, wo Bäume und Sträucher grünten, die es aber nicht kannte, wo Blumen in bunter Mannigfaltigkeit blühten und Vögel wieder sangen, so schön, wie es kein Mensch konnte. Und das Kind pfändete dann wohl wahllos die bunten Blumen und die grünen Reiser. Die Mutter hatte aber keine Zeit, die diesen Fragen ihres

Kindes zu beantworten, die kleinen Schreien immer dazwischen, und sie wußte wohl auch selber nicht, auf die vielen Fragen ihres Kindes Antwort zu geben. An den Vater vertraute sich das Kind selten heran, wenn er abends müde, abgebeugt und mürrisch von der Arbeit kam. Dann wollte auch meist die Sonne schon zu Seite gehen und das Plapperräuschen war müde geworden. Ehe dann der Lehrer in der nächsten Naturgeschichte-Stunde die Blumen und Kräuter erklärte, da waren sie verwelkt, verdorrt und laß geworden, hatten keinen Glanz mehr und ihre Heuchelei mit ihren Erdbären und Schwärmern draußen in der Natur war verloren gegangen. Das Stadtblind lernte die Natur nur aus bunten Tafeln oder farblosen Zeichnungen kennen, die ihm der Lehrer mit dem Kohlestift erklärte.

Witter krieg es in mir auf, und ich sah fast mit Reid auf die Gruppe dort am Waldesrand. Dieses sonnige Auenland voll Glück, Verheißung, voll gläubiger Andacht und Offenbarung war mir verfallen gewesen, war mir lange, lange noch darüber hinaus verfallen geblieben, bis, ja bis ein Wesirer kam, der alles Drückende, alles Knechtende und alles Erniedrigende von mir nahm und mich zum Menschen machte, mir die Empfindungslosigkeit, die Empfindungslosigkeit für alles Schöne und Gute wiedergab, nein, sie erst in voller Größe erweckte, sie pflegte und groß machte.

Wie sah ich in meiner Jugend den Frühling und wo sah ich ihn! In einem großen, grün angeführten Hause, das inmitten anderer Häuser stand, sonnenleer. Im Vorderhaus wohnten zwölf Wiener und im Hinterhaus die gleiche Anzahl Wiener. Wenn dann der Frühling kam, dann malte er an die Hausfront, im Hofraum und an allen gestrichelten Wänden mit dunklen Strichen wunderliche Vögel und zerstückte Zaden. Meine Phantasie verlor sich Sinn und Leben hineinzu legen, und meine Augen sahen wild zerstückte Gebirge, und die Löcher, die durch die abgebrochenen, kalkförmigen emporstanden waren, bildeten die Seen in den Landschaften. Meine Mutter sagte jedoch, jetzt schwigt das alte klobige Haus die Winterkälte aus und nahm in der Stube die Silber von den Wänden, damit sie nicht fraus und stockfiedig wurden. In der Stube und Kammer roch es, wenn es draußen Frühling wurde, dumpf und muffig. Das blieb so trotz allen Sämpfens meiner Mutter, bis es Sommer wurde, und die Sommerhitze das Wasser vollends aus den Wänden sog. An diesen Zeichen im Haus erkannte ich jahrelang den Frühling, und dann kam eine Zeit, da sah ich von dem Frühling jahrelang gar nichts und merkte nur, wenn es wärmer wurde, daß eine andere Jahreszeit die Herrschaft in der Natur angetreten hatte. Das war die dunkelste und schwerste Zeit in meinem Leben, da ich um ein Stückchen Brot, um das Notwendigste um Leben zu haben, bis in die Nacht hinein arbeiten mußte und Sonntags zu müde und abgestumpft war, um in die Natur zu wandern und den Frühling zu suchen.

Ein Schreck überkam mich, und ich horchte in mich hinein. So lange war ich unfrei und gefesselt gewesen, gebunden an Elend, Sorge und Not, an Alltag, Enge und Kleinlichkeit, solange ein Weltgenosse meines eigenen Unvermögens zu erkennen! Solange ausgeschlossen vom Glück, von der Freude!

Und meine Seele antwortete mir: solange war ich gefesselt,

rufig. Gegen 411 Uhr abends fuhr, aus welchem Grunde ist bis jetzt noch nicht festgestellt.

vier Autos, gefüllt mit Soldaten, die Hauptstraße entlang nach dem Kaiser-Wilhelm-Platz und Säuberung der Straßen, auf denen sich nur wenige Passanten befanden. Etwas später mehrere Schiffe und in wilder Hast flüchtete alles in die Häuser. Um 412 Uhr wiederholte sich dieselbe Auffahrt von Militärtruppen. Patrouillen der Bürgerwehr marschierten durch die Hauptstraßen Schönebergs, und wiederum wurde eine Anzahl von Personen verhaftet. Es muß jedoch festgestellt werden, daß nach Aussage zahlreicher Zeugen die Einwohnerchaft Schönebergs nicht den geringsten Anlaß zu dem militärischen Ueberfall gegeben hat. Das wird aus von vielen Augenzeugen, die entschiedene Gegner der radikalen Parteien sind, bestätigt. Im Reichswehrministerium ist der Befehl zu einer solchen Aktion nicht erteilt worden. Es scheint sich also bei dieser sehr bedauerlichen Schieberei, bei der glücklicherweise Verwundete oder Tote nicht vorgekommen sind, um den Ueberreifer irgendeines Kommandeurs der Regierungstruppen gehandelt zu haben. (Dieser spätere Vorfall ist allerdings aufklärungsbedürftig. Red. d. „Vorw.“)

Wie wir erfahren, ist die Versammlung, die ursprünglich als öffentliche geplant war, wegen nicht rechtzeitiger Anmeldung verboten worden. Die Veranstalter veruchten sie nunmehr als Mitgliederversammlung abzuhalten. Trotzdem wurde sie verboten. Dieses Verbot erfolgte u. E. zu Unrecht. Ganz energisch muß aber gegen die Art der Auflösung protestiert werden. Selbst wenn man wirklich die Versammlung für unberechtigt hielt, so wäre es auf jeden Fall vernünftiger gewesen, sie tagen zu lassen, als durch einen solchen Apparat eine ganze Stadt in Unruhe zu bringen. Zumal da der Referent Hauptmann v. Beerfelde war, ein Mann, der mit einem religiös zu nennenden Fanatismus jede Gewalttätigkeit (auch der Radikalen) verwirft, so würde das Stattfinden dieser Versammlung wirklich niemandem geschadet haben. Ein derartiges Vorgehen kann nur verbitternd wirken.

Gegen das Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozess.

Demonstration in Kiel.

Kiel, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Gestern mittags um 1 Uhr veranstaltete die Arbeiterschaft von Groß-Kiel eine machtvolle Kundgebung gegen das Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozess. Punkt 12 Uhr mittags versammelten sich Arbeiter sämtlicher Betriebe geschlossen die Arbeit und zogen nach dem großen Wilhelmplatz, wo Redner aller drei sozialistischen Parteien Ansprachen hielten. Etwa 10 000 Personen nahmen an dieser Demonstration teil. Eine gemeinsame Entschließung unserer Partei und der Unabhängigen, worin gegen das Urteil protestiert, die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit gefordert und die Einigung des Proletariats gefordert wurde, fand einstimmige Annahme. Die Kommunisten, die auf demselben Platze etwas abseits tagten, hielten massige Reden gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, proklamierten die Diktatur des Proletariats und lehteten Einigungsbestrebungen ab. Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle.

Preussische Landesversammlung.

(23. Sitzung, Freitag, den 22. Mai, mittags 12 Uhr.)

In der Preussischen Landesversammlung standen am Freitag zunächst kleine Anfragen auf der Tagesordnung. Eine Anfrage Klingemann betz. die Ausweisungen aus dem Saargebiet beantwortet ein Regierungsdirektor dahin, daß Protest eingelegt, aber unbeantwortet geblieben sei. Eine Anfrage oberbairischer Abgeordneter vom Centrum über Kircheneinbrüche in Oberpfälzen und Unterpfälzen der öffentlichen Sicherheit betreffend, beantwortet Minister des Innern Heine dahin, daß, infolge der von den Polen vielfach betriebenen Oebe traurige Sicherheitszustände eingetreten seien. Die Anzahl der Truppen und Gendarmen soll vermehrt werden und eine Zentralstelle zur Bekämpfung

fung des Verbrechertums eingerichtet werden. Die übrigen Anfragen werden demnächst beantwortet werden. Darauf begründet Abg. Prof. Dr. Abderhalden-Vormund einige hygienische Anträge des Ausschusses für Gesundheitspolitik. Minister hat die Erfüllung, soweit es die traurigen Finanzverhältnisse zulassen, zu. Die Anträge werden angenommen. Darauf wird die gestrige Debatte über das Volkswirtschaftsministerium fortgesetzt.

Einigungsbestrebungen.

Die Zentralstelle für Einigung erläßt folgenden Aufruf an die Genossen:

Ueber die Notwendigkeit der Einigung ist genug geredet. Laßt uns handeln! Vom 21. Juni ab findet in Berlin ein Sozialistenkongreß aller sozialistischen Parteien statt. Dort muß die Einigkeit gesämelt werden. Jede Stadt, jeder Kreis muß Delegierte senden! Rühret in einigen Tagen. Seid bereit! Zuschriften sind zu richten an das Kongreß-Bureau des Deutschen Sozialistentages, Berlin W. 56, Oberwallstr. 1.

Solange sich die Unabhängigen in wüsten Beschimpfungen der sozialdemokratischen Partei ergehen und von ihr die Preisgabe ihrer demokratischen Grundzüge verlangen, sieht es mit den Aussichten der Einigung höchst trübe. Auf solcher Grundlage ist die Einigung für Sozialdemokraten schon aus Gründen der Selbstachtung ausgeschlossen.

An den Vorsitzenden der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie haben eine Anzahl Parteigenossen folgendes Protestschreiben gerichtet:

Die unterzeichneten Mitglieder der P. f. E. legen entschieden Betrachung ein gegen die Art und Weise, wie von einigen Rednern der Zentralstelle der Einigungsgebäude propagiert wird. Ist es schon nicht besonders erbaulich, wenn Referenten, die knapp das 19. Lebensjahr überschritten, und kaum drei Monate der Partei angehört, als offizielle Redner fungieren, so muß es geradezu erbitternd wirken, wenn in der jetzigen Zeit des Aufbaues unserer Partei, ein so frisches Mitglied wie der Genosse Berger, statt einigend zu wirken, den Spalt noch tiefer treibt. Sollte der Vorstand seine Redner nicht mit bestimmten Richtlinien versehen, die wirklich der Einigung dienen, so halten die unterzeichneten Mitglieder der Zentralstelle ihre weitere Tätigkeit dorthin für eine Kräftevergeudung.

Vogel ins Ausland entkommen?

Die Pässe des Leutnants Lindemann.

Die Annahme, daß Oberleutnant Vogel mit Hilfe falscher Pässe, die von Leutnant Lindemann beschafft worden sind, das Ausland erreicht hat, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Lindemann, der als Kassierer wegen seiner Verfehlungen bei der Graphitstelle Strafverfolgung zu erwarten hatte, befand sich im Besitz von falschen Ausweisen; um im gegebenen Augenblick sich durch Flucht seiner drohenden Bestrafung zu entziehen. Lindemann hat offenbar sehr gute Beziehungen zu der Behörde des Berliner Polizeipräsidenten unterhalten. Das Polizeipräsidentium Berlin hat zwar mitgeteilt, daß offiziell keine Pässe an Lindemann ausgestellt sind, doch ist es sehr wahrscheinlich, daß der ehemalige Kassierer Freunde in der P. f. E. besaß, die ihm behilflich waren. Lindemann hat zu seinen ehemaligen Bekannten bei der Graphitstelle wiederholt gedehert, daß sein Bruder in der P. f. E. das Polizeipräsidentium beschäftigt sei und daß er infolgedessen jeden gewünschten Post haben könne. Nach unseren Ermittlungen ist nun allerdings ein Beamter namens Lindemann bei den Polizeibehörden von Berlin, Charlottenburg, Köpenick und Neukölln nicht beschäftigt, auch in den letzten Monaten nicht ange stellt gewesen. Dagegen ist es sehr wahrscheinlich, daß Lindemann nur deshalb die Behauptung verbreitet hat, sein Bruder sei bei einem Postbureau beschäftigt, um später Spuren zu verwischen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Lindemann zu irgendeiner derartigen Stelle Beziehungen unterhalten hat, die ihm die Ausstellung falscher Ausweise ermöglichte.

Notizen.

Ein russisches Pantheon der Weltliteratur. Ein aus Petersburg eingetroffener Koblenzführer in Kopenhagen berichtet, daß der Rat der Volkskommissare auf Anregung von Lunatscharsky 40 Millionen Rubel für die Gründung eines Pantheon der Weltliteratur ausgesetzt hat. Diese Summe wurde in ihrem ganzen Umfange Maxim Gorki zur Verfügung gestellt. An die Herausgabe des Pantheon ist allerdings vorherhand wegen technischer Schwierigkeiten nicht zu denken, doch sollen die Manuskripte fertiggestellt und geordnet werden. Das Unternehmen ist zugleich eine Aktion für die furchtbare nolleiden Dichter und Literaturschriftsteller; der Druckbogen soll ihnen mit 1000 Rubel honoriert werden.

Theater. Die nächste Erstaufführung der Volksbühne wird Angengrübbers Schwan „Jungferngast“ sein. Regie: Paul Legband. Bühnenbilder: Karl Jakob Dirck.

Kunstchronik. Außer Lionel Feininger ist jetzt auch der Maler Johannes Zitter, ein Schüler Adolf Hölzels, der in den Ausstellungen des „Sturm“ bekannt geworden ist, und der junge Bildhauer Gerhard Karas an die Weimarer Akademie berufen worden.

Wissenschaftliche Literatur. Rühret durch die bolschewistische und antibolschewistische Literatur“ gibt das Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus, heraus. Ueber 350 Titel von Büchern, Zeitschriften und Zeitungsartikeln sind darin zusammengetragen. Auf einigermaßen vollständigkeit kann diese Sammlung jedoch keinen Anspruch machen. So z. B. fehlen ganze Erscheinungsgruppen. Man vermehrt vor allem die deutschsprachigen Publikationen der bolschewistischen Propaganda mit ihren Zeitungen, Zeitschriften, Protokollen und Aufzügen von Stockholm, Petersburg, Moskau usw. aus, neben einigen schweizerischen Erscheinungen. Ebenfalls findet man darin die wichtigen Artikel aus der „Leipziger Volkszeitung“, der „Arbeiterpolitik“, des „Sozialdemokrat“ (Stuttgart), wie überhaupt die sozialdemokratische Presse in der Sammlung sehr zu kurz gekommen ist.

Volksbildungsausschuss für Groß-Berlin. In dem Biethischen Aufruf in Nr. 258 hat ein Druckfehler den Schluss der ersten Spalte einen Nachmann in Kaufmann verdrängt. Er muß dort richtig heißen: „Wir stehen bei mehreren Vororten jetzt vor der Frage von Neugründungen (von Wädeleien) und vermessen nicht selten das rechte Verständnis für die Schwierigkeiten, die nur der Fachmann kennen kann.“

Prozess Ledebour.

Nachdem die heutige Sitzung des Schwurgerichts eröffnet war, stellte Rechtsanwalt Rosenfeld den Antrag, den Angeklagten Ledebour aus der Haft zu entlassen. Zur Begründung des Antrages führte der Verteidiger aus: Der Angeklagte wurde seinerzeit verhaftet, ohne daß ein Haftbefehl vorlag. Erst nach mehreren Tagen wurde der Haftbefehl erlassen. Er wurde verhaftet in dem Augenblick, als er sich mitten in Vergleichsverhandlungen befand, durch ein scheinbar Konflikt zwischen zwei Parteien beigelegt werden sollte. Durch die Verhaftung ist dem Angeklagten schweres Unrecht geschehen. Noch nie ist in höherem Maße die Verhaftung als Mittel zur Bekämpfung eines politischen Gegners angewandt worden wie in diesem Falle. Kollisionsgefahr kommt nicht in Frage, denn der Angeklagte hat mit rücksichtsloser Offenheit über alles, was sich auf diesen Prozeß bezieht, ausgesprochen. Von Fluchtverdacht kann keine Rede sein. Es ist undenkbar, daß ein Mann, der sich so verhält, wie es Ledebour hier tut, auf den Gedanken kommen sollte, sich dem Verfahren gegen ihn durch die Flucht zu entziehen. Der Angeklagte Ledebour hat ja hier gesagt, daß die Regierung ihn freilassen würde, wenn sie wüßte, er würde fliehen. Ja, so ist es, die Regierung fürchtet Ledebour wegen seiner politischen Tätigkeit. Deshalb wünscht sie, daß er in Haft bleibt. Aber das Gericht wird sich doch nur leiten lassen durch die Gesichtspunkte, die in dieser Verhandlung zutage getreten sind. Und die ergeben nichts, was die Aufrechterhaltung der Haft begründen könnte. Es ist auch zu bedenken, daß Täumig, der auf Grund desselben Materials wie Ledebour angeklagt ist, auf freiem Fuß belassen wurde. So wenig wie gegenüber Täumig ist gegenüber Ledebour die Haft begründet. Wenn man den Angeklagten Ledebour trotzdem in Haft behält, so geschieht ihm schweres Unrecht.

Staatsanwaltschaftsrat Gysae: Von einem Unrecht gegen den Angeklagten kann in keiner Weise die Rede sein. Ich bitte, den Antrag der Verteidigung abzulehnen, er ist durch nichts begründet. Warum wird der Antrag gerade in diesem Augenblick gestellt? Er ist schon vor der Hauptverhandlung wiederholt gestellt worden, sowohl bei den Gerichtsbehörden wie bei den politischen Behörden der neuen Zeit. Die Stimme, die sich für die Entlassung aus der Haft erhoben hat, ist doch nur von einem sehr kleinen Teil des Volkes und der Arbeiterschaft laut geworden. Die Mehrheit hat befunden, daß sie für Selbstbehaltung der Haft ist. Es ist darauf hingewiesen, daß der Angeklagte mitten in Vergleichsverhandlungen verhaftet wurde. Aber über den Inhalt dieser Verhandlungen, der doch von größter Bedeutung ist, wissen wir außer den eigenen Angaben des Angeklagten noch nichts. Der Fluchtverdacht wird durch die politischen Reumutungen begründet. Tatsachen beweisen, daß eine Reihe mißbezüglicher Personen, so Herr Schöke, unauffindbar sind. Wenn der Angeklagte auch nicht über den Ocean fliehen kann, so hat er doch Gelegenheit, sich mit Hilfe seiner Freunde in nächster Nähe verborgen zu halten.

Die Rechtsanwältin Herzfeld und Obuch begründeten den Antrag ihres Mitverteidigers in demselben Sinne wie dieser. Rechtsanwältin Herzfeld bemerkte, eine Mehrheit für die Selbstbehaltung der Haft Ledebours habe sich nirgendwo gezeigt, im Gegenteil, die Mehrheit der Arbeiterschaft sei für die Haftentlassung.

Rechtsanwalt Obuch bescheinigte die Verhaftung Ledebours als einen politischen Skandal. Der Vorsitzende rügte diesen Ausdruck.

Rechtsanwalt Ledebour: Es wurde erwähnt, daß sich manche meiner politischen Freunde dem Verfahren gegen sie durch Flucht entzogen haben. Ich halte es nicht für die Pflicht revolutionärer Kämpfer, sich unter allen Umständen ihren Häschern zu stellen. Es bräuen sich Umstände ergeben haben, wo auch ich so gehandelt hätte, wie es andere meiner politischen Freunde getan haben. Das nehme ich auch für meinen Freund Schöke in Anspruch. Daß ich nicht geflohen bin und nicht fliehen werde, das liegt an den besonderen Umständen. Ich befinde mich in der revolutionären Bewegung in derselben Situation wie ein Soldat oder Kommandant auf einem äußersten Vorposten, der unter Einsetzung der ganzen Verantwortlichkeit und des Lebens bis zum bitteren Ende gehalten werden muß. Dieser Aufgabe bin ich mir bewußt

und werde ihr gerecht werden. Wenn das Gericht den Antrag meiner Verteidiger annimmt, so werde ich unter keinen Umständen fliehen. Ich werde am Montag hier pünktlich zur Stelle sein, denn ich betrachte es als meine Aufgabe, an dieser Stelle, die jetzt zum Brennpunkt des revolutionären Kampfes geworden ist, meine Pflicht gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands und der Internationalen zu erfüllen. Es würde Verrat an der Sache der revolutionären Arbeiterschaft sein, wenn ich meine Freiheit benutzen würde, um zu fliehen. Es ist hier auch erwähnt worden, meine politischen Freunde könnten den Versuch machen, mich zu befreien. Ich richte, da ich keine andere Möglichkeit habe, von dieser Stelle den

Appell an meine Freunde,

an die revolutionäre Arbeiterschaft Berlins, daß ich sie dringend warnen, für den Fall, daß meine Haftentlassung abgelehnt werden sollte, keinen Befreiungsversuch zu machen. Abgesehen davon, daß er unter den tatsächlichen Umständen das Gegenteil von dem erreichen würde, was meine Freunde wünschen, erwarte ich, daß ein Befreiungsversuch unterbleibt. Ich bitte meine Freunde, sich nicht durch Locksinn zu einem Befreiungsversuch verleiten zu lassen. Für den Fall einer Freilassung richte ich aber an das Ehrenhof die Bitte, seine Höfchen und Revolverkammern nicht auf meine Spur zu legen.

Vorl. Landg. Dir. Pocco bemerkte, die letztere Äußerung befindet sich nicht mehr im Rahmen dieses Prozesses.

Nach einer 15-minütigen Beratung des Gerichts verkündet der Vorsitzende den Beschluß:

Der Antrag auf Aufhebung der Untersuchungshaft wird abgelehnt. Der Antrag ist zurückgewiesen. Der dringende Tatverdacht ist bisher nicht beseitigt. Die Möglichkeit einer Befreiung ist nicht ausgeschlossen. Die Untersuchungshaft soll nicht nur der geordneten Durchführung des Verfahrens, sondern auch der Durchführung der Strafvollstreckung dienen. Das Gericht glaubt dem Angeklagten, daß er sich dem Gerichtsverfahren nicht durch die Flucht entziehen wird. Aber für den Fall der Verurteilung ist der Fluchtverdacht nicht beseitigt, denn nach einer einmaligen Verurteilung würde der Angeklagte vor der Wahl stehen, entweder seiner revolutionären Tätigkeit für längere Zeit entzogen zu sein oder sie von einem verborgenen Ort weiter zu betreiben. Wenn auch die Haft den Angeklagten schwer trifft, so kann sie doch nicht aufgehoben werden.

Rechtsanwalt Liebknecht beantragte nunmehr, die Haft für die Dauer des Verfahrens aufzuheben und erst nach seiner Verurteilung den Angeklagten wieder in Haft zu nehmen. Dieser Antrag erbehrte sich aus der Begründung des Ablehnungsbeschlusses, denn das Gericht sage ja selber, daß der Fluchtverdacht für die Dauer des Prozesses nicht besteht.

Angell. Ledebour schließt sich dem Antrag an und bemerkt, er sei bereit, sich an dem Tage, wo das Urteil gefällt werde, noch vor der Urteilsvollstreckung wieder zur Haft zu stellen. Damit sei also auch die Annahme, daß er im Falle einer Verurteilung fliehen würde, hinfällig.

Es kommt zu Erörterungen zwischen den Verteidigern und den Rechtsanwältinnen über die rechtliche Zulässigkeit des Antrages Liebknecht. — **Rechtsanwalt Liebknecht** sagt: Ich werde die Haft nicht mehr aus Gründen des Strafprozesses aufrechterhalten, sondern sie sei eine rein politische Maßnahme.

Der Vorsitzende rügte diesen Ausdruck. Staatsanwalt Jumbrosch beantragte, den Rechtsanwalt Liebknecht wegen dieser Bemerkung in eine Angeklagterrolle von 100 M. zu nehmen. Nach einhelliger Beratung des Gerichts verkündet der Vorsitzende:

Rechtsanwalt Liebknecht hat dem Gericht den Vorwurf der Rechtsbeugung aus politischen Gründen gemacht. Das ist eine Verletzung der Würde des Gerichts. Rechtsanwältin Liebknecht wird deshalb in eine Angeklagterrolle von 100 M. genommen.

Der Beschluß über den erneuten Antrag der Verteidigung über die Haftentlassung des Angeklagten wird erst nach der Mittagspause gefaßt.

sich auf Befragte grundsätzlich zugunsten geäußert; es wird geplant, die Mieterrolle in dem zwischen den Hausbesitzergesellschaften und dem Mieterbund zu vereinbarenden Mietvertrag zu verankern. Bei soliden Hausbesitzern wird der Mieterrat ausgleichend wirken, den unsoliden gegenüber wird er die Stellung der Mieterrolle stärken. Ein Mitbestimmungsrecht der Mieterrolle bei allen Hausangelegenheiten und ihre Mitwirkung beim Miet-einigungsamt ist in Aussicht genommen.

Unbekannte Leiche. Am 17. wurde aus der Spree an der Rheinbahn Kufleben die Leiche eines 55—60 Jahre alten Mannes gefunden. Derselbe hat grau meliertes blondes Haar und war mit grau gestreifter Hose und Weste, weissem Umlegekragen und grünem Einbeckschäpel sowie dunklem Jackett bekleidet. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe Charlottenburg überführt und kann dort beichtigt werden. Nachrichten über die Person des Toten erbittet der Amtsvorstand in Kufleben bei Spandau.

Sportport Treptow, Ringkampf-Match Schwarz-Weber. Die Direktion hat sich nach Bekanntwerden der Anfordernisse des neuen Mieterbundes von Deutschland, Hans Schwarz, an den Weltmeisteringler Heinrich Weber erboten, den Sportplatz für die Austragung dieses zurzeit größten ringverbotlichen Ereignisses zur Verfügung zu stellen. Beide, sowohl wir Schwarz als auch diesen Vorstoß einsetzenden, und so dürfte dieses Zusammenstoßes voraussichtlich Anfang nächster Woche stattfinden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittag 11 Uhr Klosterkirche, Mohrenstr. 72a. Predigt des Herrn Dr. Bruno Wille: Selbstverlechte Religion. — Gäste willkommen.

Lichtspiele „Rene Philharmonie“. Vom 25. Mai ab Menschen, die das Glück verachten, hierzu „Das Wunder der Leine“, ein Menschenschicksal.

Cöpenick, Stadtverordnetenversammlung. In der letzten Sitzung wurde der Gaspreis erhöht, und zwar ab 1. Mai von 40 auf 50 Pf. pro Kubikmeter für Heutz-, Koch- und Industriezwecke; für Automatenzwecke auf 42 Pf. auf 52 Pf. Der Magistrat hatte die Erhöhung des Automatenzwecke auf 55 Pf. vorge schlagen, ein Antrag unserer Genossen zeitigte aber den erwähnten Widerspruch. Weiter wurde die Einführung des Berliner Tarifs für Elektrizitätsabnehmer beschlossen. Die Regelung der Gehälter und Löhne für Beamte und Angestellte wurde noch einmal vertagt und an die Kommission zurückverwiesen. Eine Magistratsvorlage behandelt die Errichtung eines Wohlhabensamts. Die Vorlage wurde einer besonderen Kommission überwiesen, die Ausschreibung, Gehaltsfestsetzung usw. regeln soll. Unsere Fraktion delegierte die Genossen Meyer und Gebber. Beschlüsse wurden, die Vorkaufsrecht im Reichsschlachthaus betreffend eines Auftrages des Magistrats für Liebesgaben an die heimkehrenden Krieger wurde durch Bevortwortung des Bürgermeisters erledigt.

Spandau, Oberbürgermeister Dr. Boelck. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde Stadtrat Dr. Boelck mit 58 von 58 abgegebenen Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Kampelhof. Einwohner, die in der Woche vom 13. bis 18. auf die Abchnitte 20a—e und in der Woche vom 19. bis 25. auf die Abchnitte 21a—e der Kartoffeln keine Kartoffeln nicht erhalten konnten, erhalten vom Sonnabend bis Dienstag pro Person 50 Gramm Hüllentrockenmehl (Rind 70 Pf.). Die Abchnitte 20 und 21 berechnen nur noch 5 Pf. ein schließlich morgen zum Besitze von Kartoffeln. — In der Woche vom 26. ab wieder 5 Pf. Kartoffeln, 500 Gramm Wasmelbrot auf Abchnitt 24 der Kreisstraße, ferner für Jugendliche auf die Abchnitte 33 und 34 je 100 Gramm Getreide (Kamelerbrot vom Sonnabend bis Dienstag), auf Abchnitt 18 der Kreisstraße 150 Gramm Graubrot und auf 21 200 Gramm Hartweizenmehl oder Suppen oder Getreide (Kamelerbrot vom Sonnabend bis Dienstag). Auf Abchnitt 4 K der Kreisstraße-Zusatzkarte 250 Gramm ausländisches oder inländisches Weizenmehl.

Wariendorf. Als Ersatz für fehlende Kartoffeln 200 Gramm Getreidemehl, auf 20 Kartoffelmehl. An Kinder vom 6.—12. Lebensjahr auf Wasmelbrot und an werdende Mütter im fünften bis sechsten Monat je zwei Wochen festsitzende Milch, 3 Pf. die Woche. Die Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahr, die noch nicht im Besitz einer Rationierkarte sind, erhalten gegen Geburtsurkunde morgen Sonnabend auf der Volkshaus eine Rationierkarte, die nur zum Besitze von je zwei Wochen festsitzender Milch berechtigt. Werden Mütter im fünften bis sechsten Monat erhalten gegen die Bescheinigung eines Arztes oder einer Hebamme im Rathaus, Zimmer 28, den Bezugschein. Verkauf der Nahrungsmittel in den Gemeindefeldern. Braune Lebensmittelkarte mit vorzulegen.

Brix. Ab 26. Mai zunächst 3 Pf. Kartoffeln. Als Ersatz für die fehlenden 2 Pf. wird neben Kartoffelmehl, worüber noch Bescheinigung erfolgt, vorerst abzugeben 200 Gramm Weizenkleie oder Halbkorn nach Maßgabe der verfügbaren Vorräte auf die Abchnitte 22 und 6. Nahrungsmittel werden ab Montag nur in der Gemeindefeld-Versammlung abgegeben.

Friedrichshagen. Ausgabe von Rationierkarten für Personen über 70 Jahre unter Vorlegung der Hauszahlungsliste und gegen Abgabe der entsprechenden Anzahl Rationierkarten am Freitag und Sonnabend jeder Woche, besagt für Kinder unter Vorlegung der Milchkarte für Monat Juni.

Kantow. Es nur eine geringe Menge heißes Fleisch zur Verfügung steht, gelangen von den 250 Gramm Fleisch zum größten Teil Fleisch- und Wurstkonerven mit zur Ausgabe. 100 Gramm Fleischkonerven 95 Pf., 100 Gramm Wurstkonerven 70 Pf.

Spandau. Gegen Abchnitt 215 sind noch Heilige zu haben. In allen Veränderungen von Rationierungskarten und bei Einlösung neuer Rationierkarten sind bis auf weiteres alle im Besitz der Familie befindlichen Scheine dieser Art einzureichen. Die Schlichter haben vielfach die Anreden vorher gehalten, das Wort entfernt und letzteres für sich verwertet. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dies absolut unzulässig ist und daß im Wiederholungsfall Bestrafung eintreten wird.

Spandau. Heute abend auf Feld 248 der Lebensmittelkarte 200 Gramm Wasmelbrot (1,30 M. je Pfund). Vom Sonnabend bis Donnerstag Verkauf von 100 Gramm Weizenkleinbrot (90 Pf.) auf Abchnitt 18 der Zusatzkarte. Frische Fische und Fischkonerven werden freihändig abgegeben.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Ad. Soziald. Arb. Partei „Volkseigen“ (Kulturverein Borsdorf). Miniret. 19. Sonnabend 3 Uhr. Vortrag, gefolgt von Redateur Jahrbuch über das Thema: Volkseigen, die Aufgaben des jüdischen Sozialismus. Freunde und Gäste willkommen.

Gewerkschaftsbewegung

Achtung! Fischer! In der Fleischkonervenfabrik Haubel u. Haack, Brix, Kämpelhof Weg, sind die Beschäftigten in den Ausstand getreten; auch in den Hühnerkollern, Trebbiner Straße, haben sich die Kollegen der Firma dem Ausstand angeschlossen. Die Firma wird versuchen, Arbeitwillige zu bekommen, an der Geschlossenheit der Arbeiter wird ihre Absicht gescheitern.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Versammlung der Rechnungswesen sowie alle in der Schreibmaschinen- und Porenmaschinenbranche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen am Sonnabend, den 24. Mai, nachmittags 9 Uhr, im Lokal Weaner, Eberstr. 30. Tagesordnung: Unsere Zustimmung zu dem Abkommen mit den Unternehmern.

Abends 8 Uhr findet eine Versammlung familiärer Betriebsräte, Leiter und Helfer der Gewerkschaften im Gewerkschaftsraum, Unterstr. 15, Saal 4. hat. Tagesordnung: 1. Bericht der Verhandlungskommission. 2. Diskussion, Beschlußfassung.

Am Montag, den 26. Mai, abends 7 Uhr, in den Eberkollern, Müllerstr. 142: Sitzung der erweiterten Arbeiterversammlung mit den geliebten Arbeitervertretern der Metallindustrie. Arbeiterräte und Mitgliederversammlung.

Sonntag, 25. Mai, vormittags 10 Uhr: Versammlung aller in Hütten und Bleiwerken beschäftigten Schmelzer, Gießer, Ofenarbeiter, Eisenarbeiter usw., im Lokal Eberkollern, Weanerstr. 75. Tagesordnung: Wollen wir unser Lohnabkommen kündigen?

Industrie und Handel.

Börse.

Die Haltung der Börse kennzeichnete sich zunächst als uneinheitlich. Montan- und Farbwerke eröffneten schwach, bogegen zeigte sich die Steigerung der Kriegsgüter in raschem Tempo fort. Sie eröffneten mit etwa 70% Prozent und gewannen im Verlaufe ein weiteres Prozent. Dadurch wurde der Gesamtmarkt günstig beeinflusst, so daß auch auf den übrigen Gebieten die anfangs eingetretenen Kursverluste wieder eingeholt werden konnten. Das Geschäft hielt sich aber im Allgemeinen bis zum Schluß in recht engen Grenzen.

Groß-Berlin

Zusammenbruch der Berliner Milchversorgung.

Vom Reichs Ernährungs-Ministerium wird uns geschrieben: Die Reichsstelle Groß-Berlin (Milk) veröffentlicht in der Presse eine dringliche Eingabe an das Reichs Ernährungsministerium, in der die Schuld an der ungenügenden Milchversorgung Groß-Berlins auf eine mangelhafte Tätigkeit der Reichsstelle geschoben wird. Diese Darstellung ist geeignet, Verwirrung in der Berliner Bevölkerung hervorzurufen. Tatsächlich liegt die Schuld an dem Milchmangel in den traurigen, durch die lange Dauer des Krieges hervorgerufenen Verhältnissen. Die umfangreichen Enteignungen auch an Milchvieh, mangelhafte Futterverhältnisse und der geringe Ernährungszustand unserer Viehhöfe, sowie die erheblichen Differenzen zwischen den Preisen für Milchvieh und Schlachttiere wirken dahin zusammen, daß weit weniger Milch nach Berlin kommt, als für die Versorgung notwendig wäre. Der zunehmende Mangel an behördlicher Autorität gegenüber dem Schleichhandel und der schwer zu kontrollierende Verbrauch der Selbstversorger kommt erschwerend hinzu. Daß das Reichs Ernährungsministerium gewillt ist, den Kampf gegen den Schleichhandel energisch zu führen, ist u. a. durch die Verordnung über Hinzuziehung von Arbeitern und Verbrauchervertretern als Kontrollpersonen erwiesen. Auch die Reichsstelle hat sich bemüht, ein Kontrollsystem zu schaffen, das eine bessere Erfassung gewährleistet. Die Reichsleitung hat sich trotzdem in allen Großstädten, auch in solchen mit hervorragender guter Organisation, fortgesetzt verschärft.

Doch ein erheblicher Teil der Milch in lauem Zustand einläuft, kann der Reichsbehörde nicht zum Vorturn gemacht werden. Schlechtes Erhaltungsmaterial, Mangel an Soda und Seifen, schlechte Dürrer und Schrubber sowie verzügerte Transporte tragen zum schnellen Säuern der Milch bei. Die Verantwortung für die Reinigung der Kannen trifft in erster Linie den Milchlieferer. Die Reichsstelle Groß-Berlin hat die Möglichkeit, diesem für die Lieferung einwandfreier Milch Prämien zu gewähren und für die Lieferung saurer Milch Abzüge zu machen. Eine erhebliche Besserung in den Zuständen würde eintreten, wenn Berlin dafür sorgt, daß eine sorgfältige Vorreinigung der Kannen in Berlin selbst stattfindet. Im übrigen ist das Auftreten saurer Milch erfahrungsgemäß jedes Jahr in der Zeit des Ueberganges von der kälteren zur wärmeren Jahreszeit besonders stark und

wird auch diesmal, sobald die Vorkehrungsmaßnahmen wieder eingeleitet sind, wesentlich in der Menge zurückgehen. Die Reichsstelle ist bemüht, die Milchlieferung Groß-Berlins dadurch zu bessern, daß sie der Reichsstelle Groß-Berlin recht erhebliche Mengen Nahrungsmittel überweisen hat, was die Reichsstelle Groß-Berlin unternehmen läßt. Im weiteren sind Vorarbeiten zur Umstellung einer größeren Menge von Butterlieferungen in Milchlieferungen abgeschlossen und bei Durchführung dieser Maßnahme ist eine Steigerung der Milchzufuhr voranschreitlich zu erwarten. Weitergehende Hoffnungen der großstädtischen Bevölkerung auf eine erheblich bessere Milchversorgung werden sich allerdings so lange kaum erfüllen können, bis wir wieder normale Produktionsverhältnisse haben und vor allem bis Milchkaufleute wieder zur Verfügung steht.

Reiche Fischzufuhren für Berlin.

Im Laufe des gestrigen Tages ist eine große Sendung dänischer Seefische in Berlin eingetroffen, welche hier zum Verkauf gelangen. Der Fischkommissar hat von dänischen Firmen ein Quantum von etwa 120 000 Zentnern Seefische, Kabeljau, Schollen und — allerdings nur ein geringes Quantum — Seesungen angekauft. Die Fische kamen in annähernd 100 Waggons aus dem dänischen Hauptfischhafen Esbjerg hier an und sind den Fisch-Kleinhandlern zugeführt worden.

Ein neuer Mord.

In der Rothbringer Straße 78 ist der Besitzer des Obst- und Eisgeschäfts, ein Italiener namens Sade, im Geschäft ermordet aufgefunden worden. Die Mordkommission ist unterwegs.

Tilgung der Mietschulden der Kriegsteilnehmer.

Der Mieterbund Groß-Berlin hat an die Gemeindevorstellungen eine Eingabe gerichtet, in welcher er die Tilgung der während des Krieges aufgelaufenen Mietschulden der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen in folgender Weise vorschlägt: Die Gemeinde soll ein Drittel übernehmen, der Vermieter soll ein Drittel erlassen und der Mieter soll ein Drittel selbst zahlen. Dadurch kommt der Vermieter zu zwei Dritteln seiner Kassenstände, und der Mieter kann seine wirtschaftliche Lage wieder ins Gleichgewicht bringen. Mit je 10 M. Vorzahlung des Mieters sollen also 30 M. Mietschuld getilgt sein.

Ausstellung „Einfacher Hausrat“. Die vom Deutschen Arbeiterbund, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem Berliner Kunstgewerbemuseum auf Anregung des preussischen Kultusministeriums veranstaltete Ausstellung „Einfacher Hausrat“ im Kunstgewerbemuseum, Prinz-Albrecht-Straße 8, ist bis zum 31. Mai verlängert worden. Sie ist täglich, außer Montag, von 9—3 Uhr und Dienstag und Donnerstag von 6—8 Uhr geöffnet.

Mieterräte sind in einer Reihe von Groß-Berliner Orten gebildet oder in der Entstehung begriffen, so in Steglitz, Wilmersdorf, Charlottenburg, Berlin, Treptow, Kauldau usw. Der Mieterbund hat hierzu in einer Reihe von Versammlungen Stellung genommen und ist bemüht, die Mieterräte innerhalb seiner Organisation nach einheitlichem Plan in Wirklichkeit treten zu lassen. Der Vorsitzende des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine hat

Generalversammlung der Brauereiarbeiter.

Zunächst gab Hodapp in längeren Ausführungen Erläuterungen zum abgeschlossenen Tarifvertrag; er weist dabei auf die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, um Klarheit zu schaffen über die Einteilung der Arbeitszeit und die Entlohnung des Fachpersonals.

Am Schluß seiner Ausführungen kommt Hodapp auf die vielen eingegangenen Beschwerden betreffs Abschaffung der Postzulagen zu sprechen und macht darauf aufmerksam, daß seitens der Organisation hiergegen nicht eingeschritten werden könne, denn es sei ein Verlangen der Kollegen gemein, die auf Abschaffung derselben gedrängt haben.

Der Streik der Straßenbahner Schöneiche-Kallberge ist, wie aus dem Bureau des Transportarbeiterverbandes berichtet wird, beendet, nachdem am 20. d. M. eine Verhandlung zwischen der Organisation und dem Arbeitgeberverband erzielt worden ist.

Betriebsleitung war der erwähnte Schöneicher Beschluß einstimmig gefaßt worden. Die Unabhängigen haben gleichfalls für den Antrag gestimmt, betont die Herren der Betriebsleitung und der den Verhandlungen beiwohnende, 18 Stunden vorher in den Ausschussrat der Bahn gewählte Arbeitervertreter bestätigte es.

Ein neuer Angestelltenverband. Vom Ortsrat der Berlin der Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände wird geschrieben, daß sich in den letzten Tagen wieder eine neue Organisation technischer Privatangestellter aufgetan hat unter dem Namen „Verband Deutscher Elektrizitäts-Verwalter“.

Die Schlichtung der Heereswerkstätten in Spandau und die damit verbundene Kündigung der Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe veranlaßt die technischen Angestellten der Spandauer Heereswerkstätten in einer am Dienstag, den 20. Mai, in der Aula des Obersekundums zu Spandau veranstalteten Versammlung gegen die erfolgten Massenkündigungen zu protestieren.

Die Schlichtung der Heereswerkstätten in Spandau und die damit verbundene Kündigung der Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe veranlaßt die technischen Angestellten der Spandauer Heereswerkstätten in einer am Dienstag, den 20. Mai, in der Aula des Obersekundums zu Spandau veranstalteten Versammlung gegen die erfolgten Massenkündigungen zu protestieren.

der Arbeiter und Angestellten selbst erfolgen. Die Versammelten stimmten einer in diesem Sinne gefaßten Resolution einstimmig zu.

Der Bund deutscher Telegraphenarbeiter erhalten wie unter Bezugnahme auf einen im Abendblatt des „Vorwärts“ vom 16. Mai enthaltenen Bericht über eine Versammlung der Telegraphenarbeiter in Groß-Berlin eine Zuschrift, die sich gegen die dem Bericht beigelegte Bemerkung richtet.

Der Obmann der Lohnkommission Ballentini betont hierzu: Ich habe in dem Referat nicht das Verhalten der Vertreter der Reichspostverwaltung, denen ganz selbstverständlich Partei genommen werden muß, kritisiert, sondern den von der Verwaltung ernannten Beisitzer im Schlichtungsausschuss, der sich als Partei bezeichnet hat, so wird jeder von Voreingenommenheit freie Beurteiler zugeben müssen, daß die Zusammenfassung des Schlichtungsausschusses gelinde gesagt höchst unglücklich war und keinesfalls einen unparteiischen Schiedsspruch gewährleisten konnte.

Bemerkung der Redaktion. Wir haben diese Zuschrift in ihrem wesentlichen Inhalt wiedergegeben. In Wirklichkeit berichtigt sie gar nichts, sondern bestätigt lediglich, daß unsere Kritik über die irrtümliche Auffassung, die der Obmann Ballentini über den Charakter des Schlichtungsausschusses in jener Versammlung zum Ausdruck brachte, durchaus berechtigt war.

Handlungsgehilfen, Techniker, Wertmeister, Bureauangestellte! Die von der Gewerkschaftskommission übernommene Weiterführung der Aktion zur Wiedererlangung der aus den Spandauer Staatswerkstätten gestrichelten Lohn- und Arbeitsplatz wird auch von der Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände unterstützt.

Obste aller Angestelltenvereine der Metallindustrie (Hauptgruppen 12, 13, 14 und 15). Dienstag, den 27. Mai, abends 6 Uhr, pünktlich, Sophienstr. 17/18. Tagesordnung: 1. Konstituierung des Vollzugsausschusses. 2. Stellungnahme zu dem Geleitverbot über die Betriebsräte. 3. Die Tarifverhandlungen. Die Führerorgane sämtlicher übrigen Hauptgruppen werden gebeten, den Verhandlungen beizuwohnen.

Veranstaltung für Politik, Kultur, Wissenschaft, etc. am 27. Mai, abends 8 Uhr, pünktlich, im Saal des „Vorwärts“.

Wilhelmine Abitz. Personal und Geschäftsleitung der „Vorwärts“-Buchdruckerei.

Kuhla-Pianos. Verkauf im Fachmagazin N 31, Watzstr. 17/18.

Spezialarzt Dr. med. Dammann. Haut- und Harnleiden nach besonderem naturgemäßem Keilverfahren.

Piano, Harmonium, Mandoline, Laute. Verkauf von Musikinstrumenten.

Originelle Schmerzmittel. Verkauf von Schmerzmitteln.

Verkäufe. Verkauf von verschiedenen Waren.

Geschäftsverkauf. Verkauf von Geschäftsgütern.

Möbel. Verkauf von Möbeln.

Fahrräder. Verkauf von Fahrrädern.

Kaufgesuche. Suchen nach bestimmten Waren.

Unterricht. Unterrichtsangebote.

Vermietungen. Vermietungsangebote.

Arbeitsmarkt. Arbeitsstellenangebote.

Verkäufe. Verkauf von verschiedenen Waren.

Geschäftsverkauf. Verkauf von Geschäftsgütern.

Möbel. Verkauf von Möbeln.

Fahrräder. Verkauf von Fahrrädern.

Kaufgesuche. Suchen nach bestimmten Waren.

Unterricht. Unterrichtsangebote.

Vermietungen. Vermietungsangebote.

Arbeitsmarkt. Arbeitsstellenangebote.

Verkäufe. Verkauf von verschiedenen Waren.

Geschäftsverkauf. Verkauf von Geschäftsgütern.

Möbel. Verkauf von Möbeln.

Fahrräder. Verkauf von Fahrrädern.

Kaufgesuche. Suchen nach bestimmten Waren.

Unterricht. Unterrichtsangebote.

Vermietungen. Vermietungsangebote.

Arbeitsmarkt. Arbeitsstellenangebote.

Verkäufe. Verkauf von verschiedenen Waren.

Geschäftsverkauf. Verkauf von Geschäftsgütern.

Möbel. Verkauf von Möbeln.

Fahrräder. Verkauf von Fahrrädern.

Kaufgesuche. Suchen nach bestimmten Waren.

Unterricht. Unterrichtsangebote.

Vermietungen. Vermietungsangebote.

Arbeitsmarkt. Arbeitsstellenangebote.

Verkäufe. Verkauf von verschiedenen Waren.

Geschäftsverkauf. Verkauf von Geschäftsgütern.

Möbel. Verkauf von Möbeln.

Fahrräder. Verkauf von Fahrrädern.

Kaufgesuche. Suchen nach bestimmten Waren.

Unterricht. Unterrichtsangebote.

Vermietungen. Vermietungsangebote.

Arbeitsmarkt. Arbeitsstellenangebote.